Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 33.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.
Für die Rückgabe unverlangter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Inf.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 21,
Louis Lösche, Katharinenstraße 18, p.
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 17,500.
Abonnementspreis viertelj. 4½ ℳ
incl. Bringerlohn 5 Mk.,
durch die Post bezogen 6 Mk.
Jede einzelne Nummer 25 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
ohne Postbeförderung 39 Mk.
mit Postbeförderung 48 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 ₰
Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß.
Tabellarischer Satz nach höherem Tarif.

Reclamen unter dem Redactionsstrich
die Spaltzeile 50 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 191. Montag den 10. Juli 1882. 76. Jahrgang.

Amtlicher Theil.

Stadtbibliothek.

Zur Revision der Stadtbibliothek sind alle ausgeliehenen Bücher bis spätestens **Sonnabend, den 22. Juli** zurückzugeben. Neue Ausleihungen finden von **Montag, den 31. Juli** an statt.

Dr. Wustmann.

Bekanntmachung.

Wegen des Umbaues der Schalteranlagen bleibt bei dem **Postamte Nr. 2 (am Dresdener Bahnhofe)** hierselbst **die Annahmestelle für Packete** in der Zeit vom 10. bis mit 31. Juli geschlossen.

Leipzig, den 8. Juli 1882.

Der Kaiserliche Oberpostdirector.
Walter.

Steuer-Zuschlag zur Deckung des Aufwandes der Handelskammer.

Die Handelskammer hat beschlossen, zur Deckung ihres Verwaltungs-Aufwandes, einschließlich des Aufwandes der Börse, von ihren Wahlberechtigten, d. i. von denjenigen Kaufleuten und Fabrikanten in Leipzig und im Bezirke der Amtshauptmannschaft Leipzig, welche in Spalte 4 des Einkommensteuer-Kataloges (Einkommen aus Handel, Gewerbe u. s. w.) mit mindestens 1900 ℳ eingeschätzt sind, für das laufende Jahr einen **Steuerzuschlag von 4 Pfennig auf jede Mark** desjenigen Steuersatzes, welcher nach der in §. 12 des Einkommensteuergesetzes enthaltenen Scala auf das in Spalte 4 des Einkommensteuer-Katasters eingestellte Einkommen jedes Beitragspflichtigen entfallen würde, mit dem auf den **15. Juli d. J.** anstehenden Hebetermin erheben zu lassen, und es wird dieser Zuschlag hiermit ausgeschrieben.

Leipzig, den 10. Juni 1882.

Der Vorsitzende der Handelskammer.
Dr. Wachsmuth. Dr. Gensel, S.

Bekanntmachung.

Dienstag, den 11. Juli 1882, Vormittags 10 Uhr sollen in dem hier Eisenbahnstraße 23 gelegenen Grundstücke mehrere Schreibsecretaire, Kleiderschränke, Tische, Stühle, Sophas, Betten und verschiedene andere Gegenstände öffentlich an den Meistbietenden gegen sofortige Baarzahlung versteigert werden.

Leipzig, den 6. Juli 1882.

Der Gerichtsvollzieher des Königlichen Amtsgerichts.
Freygang.

Nichtamtlicher Theil.

Das neue russische Cabinet.

Man schreibt uns aus Petersburg:

Man würde einer argen Täuschung sich hingeben, wenn man glauben wollte, daß durch den Rücktritt Ignatieff's und die Ernennung Tolstoi's eine Veränderung in der Richtung der inneren russischen Politik zu erwarten sei. Tolstoi verfolgt allerdings eine weniger abenteuerliche Politik als Ignatieff, ist weniger Intrigant als Dieser, aber dennoch zählt der neue Minister des Innern zu dem orthodoxpanslavistischen Russenthum, das Alles russisch machen will. Dabei besitzt Tolstoi einen überaus hartnäckigen Charakter, weshalb er von einmal gefaßten Beschlüssen nicht leicht abzubringen ist. Die Liberalen sind über die Ernennung Tolstoi's entrüstet, weil er als Unterrichtsminister offen dem Rückschritte huldigte. Selbst die Altrussen glauben nicht an die Fähigkeiten Tolstoi's, und die Nihilisten verhöhnen ihn geradezu. Das in Genf erscheinende nihilistische Journal „Wolnoje Slowo", das noch immer seinen Weg nach Petersburg findet, sagt von Tolstoi: „Falls den Absolutismus nicht die revolutionaire und liberale Opposition stürzt, so wird Dies den Monarchisten und Conservativen gelingen. Als Vertreter der Synode und als Unterrichtsminister hat Tolstoi als Feind der Aufklärung, als Gegner der Studenten und der Bauern sich erwiesen und nur in orthodoxem Sinne gearbeitet. Wir kennen also den neuen Minister und wissen, was er für die Zukunft bedeutet".

Auch die Ernennung Wlangali's zum Gehilfen Tolstoi's ist bezeichnend. Ersterer ist nämlich ein diplomatischer Schüler und Schützling Ignatieff's und seinem Rückschrittsprogramm völlig ergeben. Wlangali war ursprünglich Genieofficier und befand sich als solcher während des Krimkrieges in Sewastopol. Nach dem Friedensschlusse trat er in den diplomatischen Dienst und fand an dem Grafen Ignatieff einen mächtigen Protector. Als Dieser seine Mission nach Ostasien und China antrat, begleitete ihn Wlangali, der auch später im Departement der asiatischen Angelegenheiten im Ministerium des Auswärtigen angestellt wurde, nachdem Ignatieff die Leitung jener Abtheilung übernommen hatte. Zur Zeit, als Ignatieff als Gesandter in Konstantinopel sich befand, ward Wlangali zu verschiedenen geheimen Sendungen im Orient verwendet; der Ausbruch des jüngsten russisch-türkischen Krieges fand ihn in Persien, wo er im russischen Sinne thätig war. Sonst ist Wlangali ein vielseitig gebildeter Mann und genauer Kenner der Verhältnisse, die übrigens ihn doch überzeugen sollten, daß die großrussischen Ideen Ignatieff's nicht durchführbar sind.

Was den neuen Chef der Polizeiabtheilung des Ministeriums des Innern, Gendarmerie-General Orzewski betrifft, so ist Dieser, wie schon sein Name besagt, von polnischer Abkunft. Orzewski that eine Zeit lang sehr liberal und führte in dieser Richtung so rücksichtslose Reden, daß man ihn sogar verdächtigte, mit den Nihilisten in geheimer Verbindung zu stehen. Dieser Verdacht muß aber doch sich als grundlos erwiesen haben und seine „liberalen" Reden hatten vielleicht auch nur ganz eigenthümliche Zwecke, weil er sonst schwerlich Leiter der Polizeiabtheilung im Ministerium des Innern geworden wäre. Orzewski ist ein noch junger Mann, der früher im Generalstabe diente. In der Jüngstzeit befand er sich als Haupt der Gendarmerie in Warschau.

Auch General Trepow, der früher an der Spitze der Petersburger Polizei gestanden, soll für einen hohen Posten bestimmt sein. Trepow ist im Grunde ein gerader, ehrenhafter Charakter und der Dynastie unbedingt ergeben, aber von seinen Fähigkeiten weiß man wenig. Dennoch war er schon mit 35 Jahren Oberst und befand sich mehrere Jahre in verschiedenen südrussischen Garnisonsorten. Ueber die Gründe, die zu seiner raschen Beförderung mitgewirkt, gehen schon seit langer Zeit allerlei Gerüchte. So wird unter Anderem mit gewisser Bestimmtheit behauptet, Trepow sei der natürliche Sohn einer sehr hochgestellten, längst verstorbenen Persönlichkeit, die den Knaben Trepow dem Wohlwollen des Kaisers Nikolaus empfohlen hätte.

Das wären also in kurzen Zügen die Männer, welche in der Nächstzeit die politischen Geschicke des großen, in unheimlicher Weise unterwühlten Rußlands zu leiten hätten. Ob sie ihrer Aufgabe gewachsen, scheint um so mehr zweifelhaft, weil keiner von ihnen sich von entschiedenen, durchgreifenden Reformideen erfüllt zeigt, deren Verwirklichung zur völligen Gesundung des russischen Staatslebens absolut nothwendig ist.

Leipzig, 10. Juli 1882.

Aus Ems wird telegraphisch berichtet: Der Kaiser gedenkt, nach beendeter Cur am 9. Juli, Nachmittags 4 Uhr, mit Extrazug Ems zu verlassen und sich zunächst zum Besuch bei der Kaiserin nach Coblenz zu begeben, wo die Ankunft am Schloßgarten bald nach 4½ Uhr erfolgen dürfte. — In Coblenz beabsichtigt der Kaiser bis Mittwoch früh zu bleiben und dann über Darmstadt und Karlsruhe und Constanz nach der Mainau weiterzureisen, wo die Ankunft am Abend desselben Tages erfolgen soll. — Für die Mainau ist ein etwa 3tägiger Aufenthalt in Aussicht genommen, worauf alsdann die Weiterreise nach Wildbad Gastein stattfinden dürfte. — In Gastein wird der Kaiser am 18. Juli Nachmittags von Lend aus mit Extrapost erwartet.

Auf die Haltung der Ultramontanen in Preußen bei den nächsten Wahlen darf man gespannt sein. Seit Wochen liegt ein Wahlaufruf des Centrums zur demnächstigen Veröffentlichung bereit, und in diesem ist eine Stelle enthalten, welche ein möglichstes Zusammengehen der Partei mit den Conservativen befürwortet. Das möglichste Zusammengehen von Hochconservativen und Ultramontanen bildet die Signatur der beginnenden Wahlbewegung. Und nun genügt ein Artikel der „Norddeutschen Allg. Ztg.", der allerdings die Hoffnungen der Klerikalen sehr herabzustimmen geeignet war, um die gesammte Centrumspresse mehr oder minder deutlich die Drohung ausstoßen zu lassen, die Partei werde den Zug nach links verstärken, aus Pessimismus und Bosheit die Fortschrittspartei unterstützen, die conservative Regierungspartei zum „Prügelknaben" machen. Daß Das keineswegs eine leere Drohung ist, weiß man aus verschiedenen Vorkommnissen bei den letzten Reichstagswahlen. Der Wahlaufruf des Centrums wird nun wohl einer gründlichen Umarbeitung unterzogen werden. Schade, daß er nicht schon veröffentlicht ist; er wäre ein Zeugniß für die Raschheit des Wechsels in der politischen Lage und für die Vielseitigkeit des Centrums.

In der klerikalen Presse herrscht in Folge der nach ihrer Meinung durch den bekannten Artikel der „Nordd. Allg. Ztg." bezeichneten Schwenkung der Kirchenpolitik der Regierung andauernd lebhafte Bewegung. Der „Westf. Merk." übertrifft seine gestern erwähnten Aeußerungen heute noch an Deutlichkeit, indem er schreibt:

Glücklicher Weise ist nun die Machtstellung des Centrums so bedeutend, daß wir immer ein gewichtiges Wort mitreden können. Wir haben die Macht, die ganze Steuer- und Socialreform zu unterbrechen, und zunächst können wir schon bei den Wahlen der Regierung ein verständliches Memento geben. Stellt sich wirklich heraus, daß die Regierung keine weiteren Schritte thun will, um den Culturkampf zu beendigen — was wir vorerst noch nicht glauben — so machen wir die Regierungspartei zu unserem Prügelknaben. Leider bilden diese Regierungspartei jetzt die Conservativen. Wir sagen „leider", denn wir hielten gern die Freundschaft mit den Conservativen aufrecht. Wir sind überzeugt, daß sie uns am Wohlwollendsten gegenüberstehen, und das Einzige, was wir auf kirchenpolitischem Gebiete erreicht haben, nämlich das Ultimogesetz, ist nur mit ihrer Hilfe geschehen. Aber was kann uns das Alles helfen, wenn sie nicht so viel Macht haben, die Regierung auf andere Wege zu drängen?! Sehen wir, daß die Regierung nicht einmal ein Gesetz zurückziehen will, welches im Reichstage mit einer Zweidrittel-Majorität beschlossen ist, dann bleibt uns Nichts übrig, als bei den Wahlen Jeden zu bekämpfen, der gesteht, daß er ein Freund dieser Regierung sei.

Was die „Machtstellung" des Centrums betrifft, so wird darüber erst nach den Wahlen zu reden sein: sollten die Wähler an den Conservativen das Gericht üben, welches diese auch durch die Unterstützung der Kirchenpolitik der discretionairen Vollmachten und des Bischofsparagraphen verdient haben, sollte also eine liberale Mehrheit in das preußische Abgeordnetenhaus einziehen, so ist es in diesem mit der „Machtstellung" des Centrums vorbei; im Reichstage hat dieselbe sich bekanntlich schon in der letzten Session erschüttert erwiesen, wie Herr Windthorst mehrfach erfuhr. — Die „Germania" droht in gebildeterer Ausdrucksweise der Sache nach ganz ebenso wie der „Westf. Merk." mit Bekämpfung aller Anhänger der Regierung bei den Wahlen. Der Artikel, in welchem Das geschieht, ist voll bitterster Ausfälle gegen die Regierungspolitik; man habe die Kirche auf das Terrain der Maigesetze locken und ihr hinterrücks die Schlinge der fortbestehenden Gesetze um den Hals werfen wollen u. dgl.

Bekanntlich tritt die Eichung der Schankgefäße im ganzen deutschen Reiche am 1. Januar 1884, also in kaum 1½ Jahren in Kraft. Der Reichskanzler hat, der „K. Z." zufolge, die Bundesregierungen ersucht, Veranstaltungen zu treffen, damit zur gegebenen Zeit keine Zögerungen eintreten. Im preußischen Staate sind demgemäß auch schon Verfügungen ergangen, denen zufolge bei Neuanschaffungen die Gast- und Schankwirthe auf die Eichung der Gefäße Bedacht nehmen sollen, damit ihnen später die Kostenlast nicht gar zu groß würde.

Aus einer Tischrede, die der Staatsminister Turban gehalten, ist zu entnehmen, daß der Großherzog von Baden in kurzer Zeit die Zügel der Regierung wieder zu ergreifen gedenkt.

In Prag wurde am Sonnabend das Urtheil in dem dort verhandelten Socialistenprocesse verkündigt. Der Angeklagte Waigl wurde wegen Majestätsbeleidigung, Religionsstörung und Geheimbündelei zu 2 Jahren schwerem Kerker, der Angeklagte Schuster wegen Religionsstörung, Beleidigung einer gesetzlich anerkannten Kirche und Geheimbündelei zu 18 Monaten schwerem Kerker, 11 Angeklagte wegen Geheimbündelei und Uebertretung des Preßgesetzes zu Arrest in Dauer von 6 Tagen bis 8 Monaten, mehrere überdies zu Geldstrafen von 10 bis 50 Fl. verurtheilt.

Die Rüstungen Frankreichs zu einer etwaigen Einmischung in Egypten werden mit fieberhafter Hast betrieben. Die Flotte wird seefertig gemacht in einem Umfange wie noch nie seit dem Krimkriege. Die Einschiffung eines Operationscorps, welches jedoch vorerst 10,000 Mann nicht übersteigen dürfte, ist derartig vorbereitet, daß sie jeden Augenblick von Statten gehen kann. Wenn trotz dieser umfassenden Rüstungen die öffentliche Meinung in Frankreich keine allzu große Beunruhigung erkennen läßt, so hat Dies seinen Grund wohl wesentlich darin, daß man aus den öffentlichen Blau- und Gelbbüchern, aus den wiederholten Regierungserklärungen im Parlamente und aus der Haltung der officiösen Presse die Ueberzeugung schöpfen zu dürfen meint, Herr von Freycinet werde in keinem Falle einen Schritt thun, der nicht von vorn herein die Billigung der Ostmächte hat.

Die Thronrede, mit welcher der König von Schweden und Norwegen am 21. Juni den norwegischen Storthing geschlossen hat, beweist, daß man sich an leitender Stelle der Gefahren, mit welchen die radicalen Bestrebungen der Storthingmehrheit die Verfassung und den Bestand der schwedisch-norwegischen Monarchie bedrohen, wohl bewußt und entschlossen ist, diesen Bestrebungen mit Einsetzung der Macht und der Autorität des Königthums kräftigen und entschiedenen Widerstand zu leisten.

In den nächsten Tagen steht ein Scandalproceß besonderer Art in Petersburg bevor. Ein Senator, der des besten Rufes genoß, ist angeklagt, als Vormund der natürlichen Tochter einer hohen Persönlichkeit sich auf Kosten seiner Mündel bereichert und sie um 300,000 Rubel gebracht zu haben. Beamte der politischen Polizei haben, wie behauptet wird, durch eine Reihe von Gewaltüberschreitungen und Willkürlichkeiten die Verfolgung der Rechtsansprüche der Geschädigten zu verhindern gesucht.

Schon seit längerer Zeit gingen in Moskau, wie dem „Golos" geschrieben wird, Gerüchte über die Entdeckung einer großartigen Veruntreuung von Pulver, Blei und Patronen, die in einem der beständig in Moskau liegenden Infanterie-Regimenter stattgefunden haben soll. Der Schuldige, ein Officier, der die ganze Intendantur des Regiments unter sich hatte, soll der That geständig und schon verhaftet sein.

Wie aus Warschau gemeldet wird, hat der dortige Oberpolizeimeister in Ausführung der vom Minister des Innern, Grafen Tolstoi, erlassenen Verfügung zur Hintanhaltung von Excessen gegen die Juden an die ihm untergebenen Polizeiorgane ein Rundschreiben gerichtet, demzufolge letztere streng darüber zu wachen haben, damit bei dem geringsten Anzeichen einer Belebung der antisemitischen Agitation die vorgeschriebenen Vorsichtsmaßregeln sofort und rechtzeitig zur Anwendung gelangen.

Täglich fast kommen Nachrichten aus Rußland über neu entdeckte Anschläge der Nihilisten. So findig sich auf der einen Seite die Polizei zeigt, ein so bedenkliches Licht werfen diese Ergebnisse andererseits auf die Zustände des russischen Reiches, indem die russische Gesellschaft und vorzüglich die Officiers- und Beamtenwelt in ungeahntem Maße vom Nihilismus angesteckt erscheinen. Ganz besonders scheint die Marine bis hinauf ins Marineministerium eine nihilistische Brutstätte zu sein. Die erfolgte Entdeckung einer Geheimdruckerei im Marineministerium, die den Selbstmord eines Ministerialdirectors zur Folge hatte, übertrifft alles bisher Dagewesene. Wahrscheinlich wird sich die russische Regierung — wie auch bei der Affaire Wolkow — aufs Leugnen verlegen; die Nachricht verliert dadurch gewiß nicht an Glaubwürdigkeit. Bei dieser Gelegenheit sei eine statistische Uebersicht der im Mai und Juni verhafteten politischen Verbrecher mitgetheilt. Es sollen deren im Ganzen 644 sein. Von diesen hatten nur 31 ein Gymnasium oder eine sonstige höhere Bildungsanstalt nicht besucht. Ueber den Stand der Verhafteten ist weiter bekannt, daß 16 Männer und 8 Frauen dem Lehrerstand angehören, 17 dem orthodoxen Klerus, 8 der kaiserlichen Marine, 14 dem Officierscorps, 5 sind Gendarmerie-Officiere, 9 Angestellte des Kriegsministeriums, 13 gehören zur Provinzial-Verwaltung, 6 sind Zollbeamte, 4 Zollofficiere, 2 Thierärzte, 4 Militairärzte, 31 Studenten, 14 Grundbesitzer und Verwalter, 11 Forstbeamtenstelle. Das weibliche Geschlecht stellt weiter zu dieser Verlustliste 4 Institutslehrerinnen, 13 Nonnen (davon 11 im südlichen Rußland), 28 Studentinnen. Weibliche Aerzte und Studentinnen der Medicin sind nicht unter den Verhafteten. Treffen diese Mittheilungen nur einigermaßen zu, so erweist sich dadurch, wie sehr die Unzufriedenheit aller gebildeten Stände in Rußland mit dem Willkür-Regiment im Wachsen begriffen ist.

Die Niederlage, welche Gladstone am Freitag im englischen Unterhause erlitten, hat eine Cabinetskrisis hervorgerufen. Bei der dritten Lesung der irischen Zwangsbill wurde, wie bereits telegraphisch gemeldet, die Forderung der Regierung, daß die Hausschuungen auf die Tageszeit beschränkt und zur Nachtzeit nur dann zulässig sein sollen, wenn eine geheime Gesellschaft vermuthet wird, mit 207 gegen 194 Stimmen verworfen. Vor der Abstimmung hatte der Premierminister erklärt, er habe, wenn diese Bestimmung abgelehnt werden sollte, seine persönliche Stellung in Erwägung zu ziehen. Die Niederlage hatte die Regierung ausschließlich der Abtrünnigkeit der eigenen Anhänger zu verdanken, denn eine Menge Liberaler enthielten sich der Abstimmung und 21 derselben stimmten gegen den ministeriellen Antrag. Das Ministerium trat sofort nach der Abstimmung zusammen, um sich über seine Haltung zu berathen. Die „Times" empfiehlt der Regierung, die Abstimmung nicht als ein Mißtrauensvotum zu betrachten und die Entscheidung des Unterhauses ruhig anzunehmen. Es gewinnt auch den Anschein, als ob Gladstone nicht zurücktreten wird, denn die „Daily News", welche der Regierung nahe steht, erfährt, Gladstone sei geneigt, sich dem Beschlusse des Unterhauses angesichts des kritischen Standes der Angelegenheiten im Inlande und Auslande zu fügen.

Aus Alexandrien vom 7. d. M. wird gemeldet: Der österreichische und der deutsche Consul haben ihre Landsleute zur Einschiffung aufgefordert. Die deutschen Handwerker wollen erst gehen, wenn der Generalconsul sich einschifft. Die Franzosen schiffen sich hastig ein.

Reichsverein für Sachsen.

* Leipzig, 9. Juli. Am heutigen Tage wurde im Krystall-Palast hier die ordentliche Generalversammlung des Reichsvereins für Sachsen abgehalten. Nachdem Herr Bürgermeister a. D. Dr. Stephani die Versammlung eröffnet und des Verlustes gedacht hatte, den der Reichsverein im letzten Jahre durch den Tod der Herren Director Peucker und Buchhändler Geißler erlitten, wurden der Geschäfts- und der Cassenbericht vorgetragen; der Vorsitzende knüpfte an die betreffenden Darlegungen die dringende Mahnung an die Mitglieder, bei künftigen Wahlen rechtzeitiger in die Wahlvorbereitungen zu treten. Nach Bestreitung aller Kosten ist dem Verein am Jahresschluß ein Cassenbestand von 1281 ℳ verblieben. Zu Cassenrevisoren wurden die Herren Penzig-Dresden und Siebert-Leipzig gewählt. Eine außerordentlich lebhafte, fast dreistündige Debatte, an welcher sich die Herren Prof. Dr. Biedermann, Director Hasse, Penzig-Dresden, Dr. Genfel, Ruschpler, Dr. med. Chalybäus-Dresden, Knischbach-Scharfenstein, Stadtrath Heudel-Dresden, Böhme-Chemnitz, Dr. Stephani betheiligten, veranlaßte der vom Vorstande des Reichsvereins gestellte Antrag, wonach der Reichsverein für Sachsen fortan den Namen „Nationalliberaler Verein für Sachsen" führen, fest auf dem Boden der nationalliberalen Partei im Reichstage stehen und, gleich dieser, seine volle Selbstständigkeit nach rechts und links behaupten wird. Der Antrag wurde schließlich mit allen gegen 4 Stimmen angenommen. Die Versammlung beschloß weiter einstimmig, den Vorstand zu beauftragen, die Vorbereitungen zur Abhaltung eines nationalliberalen Parteitages für Sachsen und Thüringen in der zweiten Hälfte des Monats October zu treffen; die Wahl des Ortes für den Parteitag ist dem Vorstande überlassen. In den Vorstand wurden für das nächste Jahr folgende Herren gewählt: Buchhändler Bär-Zwickau, Prof. Dr. Biedermann, Rechtsanwalt Dr. Blum, Kaufmann und Stadtrath Döblinger, Fabrikbesitzer Dietel-Wilkau, Handelskammersecretair Dr. Gensel, Oberbürgermeister Dr. Georgi, Fabrikbesitzer Holtmann-Breitenhof, Stadtrath Heudel-Dresden, Kaufmann und Stadtrath Nagel, Fabrikant Dr. Prerisch-Reichenau, Prof. Rühlmann-Chemnitz, Dr. Stephani, Kaufmann und Stadtrath Scharf, Reichsgerichtsrath Dr. Wiener, Prof. Geh. Rath Dr. Windscheid. Die Verhandlungen wurden mit einem von der Versammlung mit Begeisterung ausgebrachten Hoch auf Kaiser Wilhelm und König Albert geschlossen.

Vermischtes.

* Gera, 8. Juli. Heute wurde hier das zweite Todesurtheil in der diesmaligen Schwurgerichtssession gefällt. Die Anklage behandelte eine jener traurigen Geschichten vom Lande, welche so häufig zu Todtschlag und Mord geführt haben. Die alten Bauern übergeben oder verkaufen den Kindern unter für diese sehr günstigen Bedingungen die Wirthschaft, Haus und Hof, sie bedingen sich Wohnung, den Nießbrauch einiger Sachen und ein Jehrgeld aus und setzen sich zur Ruhe. Aber diese Ruhe wird gestört durch die niedrigste Habsucht; den Kindern ist das Wenige, was die Alten gebrauchen, noch zu Viel; die letzteren leben dem nunmehrigen Herrn zu lange, es entstehen Streitigkeiten, die zu Thätlichkeiten ausarten, und der Schluß ist — ein Verbrechen. Ein solches widerwärtiges Bild zeigte die heutige Verhandlung. Der Gutsbesitzer Jahn in Lunzig (Reuß ä. L.), ein in dem Orte sehr beliebter, als ruhig und gutmüthig geschilderter Mann, verheirathete im Jahre 1874 seine Adoptiv- und Pflegetochter mit dem Weber Gottlieb Kober, dem heutigen Angeklagten, und verkaufte Demselben sein Gut für 1000 Thaler, von welchem Preise Kober 400 Thaler abbezahlte, während er die verbleibenden 600 Thaler den alten Jahn nach und nach als Jehrgeld geben sollte. Ebenso hatte Jahn sich eine Wohnung in dem Gehöfte vorbehalten; er wollte als „Auszügler" in Frieden und Ruhe seine alten Tage verleben. Aber er wurde seinem Schwiegersohn, dem Kober, sehr bald zur Last. Kober, eine verschlossene, gewaltthätige Natur, der auch seine Frau mißhandelte, zahlte dem alten Jahn weder Zinsen noch Jehrgeld, er entzog ihm Alles, es entstanden Streitigkeiten und Schlägereien zwischen den Beiden, bei welchen natürlich der alte Mann den Kürzeren zog, und endlich beschloß Kober, sich Derselben ganz zu entledigen, um in den unbestrittenen Besitz des Gutes zu kommen. Am 11. December v. J. überfiel er seinen Schwiegervater in einem Stalle des Gehöftes und erwürgte ihn. Er durchsuchte dann die Taschen des Ermordeten, nahm das Geld, welches Derselbe bei sich hatte, etwa 17 ℳ, und hing dann die Leiche an einer Leiter auf, um sein Verbrechen zu verdecken; man sollte glauben, der alte Jahn habe sich selbst erhängt. Der ganze Ort wußte aber sofort, daß ein Mord geschehen war, und Kober wurde denn auch verhaftet. Er leugnete in der Voruntersuchung und auch heute noch vor Gericht jede Schuld ab; erst den wilden Ermahnungen und überzeugenden Worten des Präsidenten gelang es, den Angeklagten zum Geständniß seiner That zu bringen; er will dieselbe jedoch nicht vorsätzlich, sondern im Zorn vollbracht haben. Durch die Zeugen und Sachverständigen war der Mord jedoch völlig erwiesen, so daß die Geschworenen die Schuldfrage bejahten, worauf dann der Gerichtshof das Todesurtheil aussprach.

L. Halle a. d. S., 8. Juli. Nicht geringes Aufsehen macht hier die heute bekannt gewordene Nachricht von der seitens der obersten Verwaltungsbehörde der Reichspost beabsichtigte Verlegung der hiesigen kaiserlichen Oberpostdirection nach Merseburg. In dieser Sache befand sich gestern Staatssecretair Dr. Stephan hier. Veranlassung zu der Veränderung sollen in erster Linie dienstliche Rücksichten sein, und in Bezug hierauf wird hervorgehoben, daß sämmtliche übrigen Oberpostdirectionen den Sitz mit der betreffenden königlichen Regierung gemeinsam haben. Nur Halle bildete bisher eine Ausnahme, indem im Jahre 1850 die Oberpostdirection von Merseburg hierher verlegt worden ist. Die durch diese Domicilveränderung hier frei werdenden umfänglichen Räume im ersten und zweiten Stock des großen Hauptpostamtes sollen zu Diensträumen für das jetzt gesondert bestehende Haupt-Telegraphen-Amt verwandelt werden.

* Karlsbad, 8. Juli. In der abgelaufenen Woche sind hier 2 Selbstmorde vorgekommen. Ein von der Polizei aufgegriffenes obdachloses Subject hat sich im Polizeilocale mittelst seines Leibriemens ans Fensterkreuz gehängt